

Saarbrücken

Wirtschaftlich erfolgreich.

Sozial gerecht.

Ökologisch innovativ.

Koalitionsvereinbarung

für die Ratsperiode 2014 bis 2019

**zwischen SPD, DIE LINKE und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Entwurf zur Beschlussfassung
durch die Parteigremien**

Präambel

Die Saarbrücker Wählerinnen und Wähler haben bei der Stadtratswahl am 25. Mai 2014 den Parteien SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Vertrauen ausgesprochen. Sie haben die erfolgreiche Arbeit der letzten fünf Jahre honoriert und den drei Partnern den Auftrag gegeben, die Politik der Stadt auch in der neuen Legislatur federführend zu gestalten. SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen diesen Wählerauftrag an und werden ihre politische Zusammenarbeit in einer neuen Koalition fortsetzen. Auf der Basis dieses Vertrages wollen wir die Probleme der Gegenwart gemeinsam lösen und die Herausforderungen für ein zukunftsfähiges Saarbrücken annehmen.

Die Landeshauptstadt ist der wirtschaftliche Motor und das urbane Oberzentrum des Saarlandes. Die Koalitionspartner stimmen darin überein, dass sie in dieser Funktion gestärkt werden muss. Für die Zukunft des Saarlandes spielt der Ballungsraum Saarbrücken eine entscheidende Rolle.

Saarbrücken hat den Strukturwandel bisher sehr gut gemeistert. Der Bevölkerungsrückgang ist gestoppt. Saarbrückens Wirtschaft wächst. Wir werden dafür auch zukünftig ein optimales Umfeld schaffen.

An der Konsolidierung unseres städtischen Haushaltes führt kein Weg vorbei. Ziele bleiben ein ausgeglichener Haushalt und der Einstieg in die Entschuldung. Die Koalitionspartner setzen sich für eine Reform der kommunalen Finanzausstattung und eine systematische und nachhaltige Landesentwicklungsplanung ein.

Sparanstrengungen sind notwendig, aber kein Selbstzweck. Wir brauchen eine leistungsfähige Verwaltung mit engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir investieren in Kitas und Schulen, in Kultur, in soziale Gerechtigkeit, in Straßen und Plätze, Fahrrad- und Fußwege und in die ökologische Stadtentwicklung. Wir schaffen und erhalten Wohnraum für unsere wachsende Bevölkerung, insbesondere für Familien, Seniorinnen und Senioren sowie Studierende. Wir sichern die kommunale Daseinsvorsorge, damit Saarbrücken Zukunft hat und die soziale Balance gewahrt bleibt. Es findet kein Sozialabbau statt.

Die Stärkung der Stadtmitte und die Stärkung der Stadtteile sind für uns kein Gegensatz. Im Gegenteil: Eine pulsierende Innenstadt und lebendige Stadtteile bedingen einander. Wir halten Stadtmitte und Stadtteile gleichermaßen lebens- und liebenswert.

Wir verstehen unsere Vereinbarung als bindende Selbstverpflichtung zu verantwortlicher und verlässlicher Stadtpolitik. Wir werden unser Handeln dabei gleichermaßen an ökologischen, sozialen und ökonomischen Kriterien ausrichten. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich im Interesse unseres Gemeinwesens einzubringen. Deshalb setzen wir konsequent auf Transparenz und werden auf dieser Basis neue Rahmenbedingungen für eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entwickeln.

Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg sollte auch im Saarbrücker Stadtrat guter kommunalpolitischer Brauch sein und gepflegt werden. Deshalb ist diese Vereinbarung zugleich eine Einladung an alle im Rat vertretenen Fraktionen, Verantwortung für Saarbrücken zu übernehmen. Eine offene, liberale und sozial gerechte Stadtgesellschaft kann vom konstruktiven Dialog und einer zukunftsorientierten Zusammenarbeit der politisch maßgebenden Kräfte in der Stadtpolitik nur profitieren.

I. Politische Handlungsprinzipien

Die Koalitionspartner legen ihrem stadtpolitischen Handeln die Prinzipien der Bürgerbeteiligung, der Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit, der Geschlechtergerechtigkeit, der Generationengerechtigkeit, der Integration und der Barrierefreiheit zu Grunde.

Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass für eine lebendige und weltoffene Stadt die **Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger** an den wesentlichen Entscheidungen unabdingbar ist. Die rot-rot-grüne Zusammenarbeit ist eine Einladung an die Bürgerinnen und Bürger Saarbrückens, sich im Interesse eines wirtschaftlich, sozial und ökologisch verantwortlichen Gemeinwesens einzubringen. Wir werden die Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung weiter verbessern.

Mit dem Prinzip der **Nachhaltigkeit** verfolgt die Koalition das Ziel, eine zukunftsfähige Entwicklung der Landeshauptstadt zu sichern, die sich an den Bedürfnissen der heutigen Generationen orientiert, die Entwicklungschancen künftiger Generationen wahrt und soziale, ökonomische sowie ökologische Grundlagen des Zusammenlebens in unserer Stadtgesellschaft gleichermaßen berücksichtigt.

Saarbrücken soll eine **sozial gerechte Stadt** sein. Wir wollen die Lebensverhältnisse der Menschen in dieser Stadt verbessern und allen eine aktive und selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens ermöglichen. Niemand soll aufgrund von Herkunft oder sozialer Lage benachteiligt werden. Wir stehen für Chancengerechtigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Die Partner werden sich dafür einsetzen, dass geschlechtsspezifische Benachteiligungen auf allen Ebenen und in allen Bereichen abgebaut werden. Wir wollen in allen Handlungsfeldern der Stadtpolitik auf das Ziel der **Gleichstellung von Frauen und Männern** im Sinne einer wichtigen Querschnittsaufgabe der Stadtentwicklung hinarbeiten.

Eine starke und lebendige Stadt gelingt nur im **Miteinander der Generationen**. Junge wie alte Menschen sollen sich gleichermaßen in Saarbrücken wohlfühlen, sich einbringen können und Gehör finden. Wir wollen eine Stadt, in der es für alle Altersgruppen passende Lebensbedingungen, Entfaltungsmöglichkeiten und Freiräume gibt.

Die Koalitionspartner wollen die soziale und kulturelle **Integration** unserer vielfältigen Stadtgesellschaft fördern. Einen Schwerpunkt sehen wir hierbei in der Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund.

Wir wollen unsere **Politik besser auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung ausrichten**. Alle Menschen in dieser Stadt sollen gleichberechtigt am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen können. Deshalb wollen die Koalitionspartner bestehende Mobilitätshindernisse, soziale Schranken und Diskriminierungen im öffentlichen Leben abbauen.

II. Haushalt und Finanzen

Die **Sanierung der städtischen Finanzen** ist entscheidend für die Handlungsfähigkeit der Landeshauptstadt – jetzt und für künftige Generationen. SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in den vergangenen Jahren das größte Programm zur Haushaltsverbesserung auf den Weg gebracht, das unsere Stadt bisher gesehen hat. Durch unsere gemeinsame Initiative ist es gelungen, den städtischen Haushalt strukturell um rund 30 Millionen Euro zu verbessern. Damit erfüllen wir die Vorgaben des Rödl-Gutachtens.

Wir werden weiterhin **Einnahmeverbesserungen** und **Einsparmöglichkeiten** innerhalb der Verwaltung prüfen und umsetzen. Ebenso werden wir die **Zusammenarbeit mit anderen Kommunen** ausbauen und sich daraus ergebende Synergieeffekte nutzen. Alle städtischen Angebote und Maßnahmen werden wir konsequent auf Notwendigkeit, Nutzen und Kosten überprüfen. Wir werden sowohl in der Stadtverwaltung als auch bei den städtischen Beteiligungen die **Haushaltsansätze auf Zielgenauigkeit und Effizienz prüfen**. Alle Entscheidungen und Initiativen der Koalition stehen unter dem Vorbehalt der finanziellen Umsetzbarkeit. Wir verpflichten uns zu strikter Haushaltsdisziplin.

Durch Sparen allein wird Saarbrücken den Haushalt nicht sanieren können. Die Koalitionspartner werden daher weitere solcher **Einnahmeverbesserungen** prüfen, die die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich belasten. Wir wollen unter anderem auch die **Beherbergungssteuer** auf den Hotel-Umsatz durch private Übernachtungen zeitnah und rechtssicher einführen.

Entscheidungen über die Zukunft der Landeshauptstadt liegen in der **Kompetenz des demokratisch gewählten Stadtrats**. Hier erfolgen Haushaltsentscheidungen transparent und bürgernah. Für die Handlungsfähigkeit des Rates ist es notwendig, genehmigungsfähige Haushalte zu beschließen. Dies setzt eine vorausschauende Haushaltsplanung sowie eine strategische Personalentwicklung voraus.

Die Haushaltslage der Stadt zwingt zur **politischen Prioritätensetzung**. Diese geht aus der vorliegenden Vereinbarung hervor. Die Koalitionspartner gehen davon aus, dass die Finanzierung der in diesem Koalitionsvertrag vereinbarten Aufgaben und Projekte auch angesichts der schwierigen finanziellen Situation der Landeshauptstadt möglich ist. Sollten bestimmte Vorhaben aufgrund verschlechterter finanzieller Rahmenbedingungen nicht umzusetzen sein, werden die Koalitionspartner eine einvernehmliche Lösung auf Grundlage der hier festgelegten Ziele suchen.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Finanzen setzt aber immer eine **Balance zwischen Konsolidieren und Investieren** voraus. Am Sparen führt kein Weg vorbei. Wir wollen die Stadt nicht kaputt sparen und damit die Zukunftsfähigkeit riskieren. Deshalb werden wir auch weiterhin gezielt in die Zukunft unserer Stadt investieren.

Vermögensverzehr ist keine nachhaltige Finanzpolitik. Die Stadt braucht starke Gesellschaften und Eigenbetriebe. Sie erfüllen strategisch und infrastrukturell bedeutsame Aufgaben für die Stadt. Die Partner sind sich einig, dass die Veräußerung von Anteilen an städtischen Betrieben und Beteiligungsgesellschaften kein geeignetes

Instrument zur Haushaltssanierung darstellt. Wir werden die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der städtischen Unternehmen weiter verbessern. Ziel ist eine effiziente, verantwortungsvolle und sozial gerechte Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Daseinsvorsorge, die Generierung positiver volkswirtschaftlicher Impulse sowie eine Verbesserung der Ausschüttungsfähigkeit an den Stadthaushalt.

Gesundheitsvorsorge ist ein zentraler Punkt der Daseinsvorsorge und muss auch künftig in öffentlicher Hand bleiben. Daher wollen wir das **Saarbrücker Klinikum** auf dem Winterberg als größtes Krankenhaus im Saarland mit einem breiten Spektrum an Behandlungsmöglichkeiten auf höchstem medizinischem Niveau weiter stärken. Beim städtischen Klinikum muss auch weiterhin das Wohl der Patienten im Mittelpunkt stehen. Dazu gehört auch eine angemessene personelle Ausstattung.

Engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wichtiges Kapital für unsere Stadt. Sparmaßnahmen werden nicht auf dem Rücken der Beschäftigten umgesetzt. Die Koalitionspartner **schließen betriebsbedingte Kündigungen** beim Personal der Stadt, ihrer Eigenbetriebe und Gesellschaften aus. Mit uns wird es keinen Kahlschlag im Personalbereich geben. Wir unterstützen ausdrücklich weiterhin die Dienstvereinbarung zwischen Landeshauptstadt und Personalrat.

Selbst bei sparsamster Haushaltsführung wird Saarbrücken ebenso wenig aus der Schuldenfalle kommen wie vergleichbare Städte. Die Koalitionspartner machen sich daher auf Landesebene für eine **aufgabengerechte Finanzausstattung** Saarbrückens stark und setzen sich für eine grundlegende Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Kommunen, Land und Bund ein.

Für die Ausführung staatlicher Aufgaben gilt das Konnexitätsprinzip. „**Wer bestellt, der bezahlt.**“ Wir verwahren uns entschieden gegen eine weitere Abwälzung von Belastungen vom Bund, dem Land oder dem Regionalverband an die Landeshauptstadt, ohne vollständigen finanziellen Ausgleich. Wir fordern die Landesregierung auf, Entlastungen für die Kommunen, die der Bund beschließt, auch vollumfänglich an diese weiterzugeben.

Saarbrücken erbringt in seiner Funktion als Oberzentrum des Landes bereits jetzt vielfältige Leistungen, die das Land nur unzureichend berücksichtigt. Diese **Saarbrücker Sonderlasten** müssen eine angemessene Berücksichtigung im kommunalen Finanzausgleich finden.

Das erdrückende Problem der städtischen Finanzen sind die Altschulden. Die Koalitionspartner machen sich daher auf Bundes- und Landesebene für eine **Altschulden-Regelung** stark.

Die Koalitionspartner sehen dringenden Handlungsbedarf, die Haushaltssituation der saarländischen Städte und Gemeinden insgesamt zu verbessern. Wir fordern ein **Landesentwicklungskonzept** ein, in dem die Aufgaben von Land, Landkreisen, Regionalverband, Landeshauptstadt und den anderen Städten und Gemeinden sowie die Finanzbeziehungen zwischen Stadt, Regionalverband und Land festgelegt werden. Das Gutachten von Prof. Hesse aus dem Jahr 2012 stellt dabei für uns eine wichtige Diskussionsgrundlage dar. Wenn das von der Landesregierung beauftragte „Junkernheinrich-Gutachten“ vorliegt, muss die Rolle der Landeshauptstadt erneut diskutiert werden. Wir streben langfristig an, den **Großraum Saarbrücken zu einer Großstadt** zu integrieren.

Entscheidungen über öffentliche Investitionen und Beihilfen des Landes sowie der Kommunen müssen transparenten und evaluierbaren Kriterien unterliegen. Diese Kriterien werden uns auch bei der Einwerbung von Förder- und Drittmitteln zur Entlastung der städtischen Haushalte leiten. Unser Ziel ist es, dort wo die Kofinanzierung sinnvoll darstellbar ist, möglichst viele Landes-, Bundes- und EU-Fördermittel für Saarbrücken nutzbar zu machen.

III.Arbeit

Die Partner sind sich ihrer kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten bei der **Beschäftigungspolitik** bewusst und setzen sich dafür ein, dass in der Landeshauptstadt eine passgenaue Arbeitsmarktpolitik individuelle Förderangebote mit regionalen Anforderungen verknüpft.

Die Koalitionspartner sehen die Notwendigkeit, auch weiterhin durch entsprechende **Förderangebote** Jugendliche und Erwachsene zu unterstützen, die aufgrund ihrer persönlichen oder sozialen Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in ihren Chancen beeinträchtigt sind.

Wir sehen weiterhin die **Notwendigkeit eines dritten Arbeitsmarktes** und setzen uns für die Einführung geeigneter arbeitsmarktpolitischer Instrumente ein (z.B. Aktiv-Passiv-Tausch). Dabei streben wir – wie bei den bisherigen städtischen Bürgerarbeitern – eine tarifliche Entlohnung der Maßnahmenteilnehmer an.

Wir werden das **Zentrum für Bildung und Beruf (ZBB)** in seiner Arbeit weiter stärken und die gemeinsame Programm- und Maßnahmenentwicklung mit den bewährten Trägern beibehalten und nach arbeitsmarktpolitischen Bedarfen ausbauen. Diese Angebote richten sich strikt nach der gesetzlichen Vorgabe der Zusätzlichkeit. Es dürfen keine bestehenden Arbeitsverhältnisse gefährdet werden.

Zur Unterstützung und Beratung Langzeitarbeitsloser werden wir die **Arbeitslosenberatung** unterschiedlicher Träger stärken, besser vernetzen und dabei insbesondere auch die Gemeinwesenprojekte einbeziehen.

Öffentliche Verwaltung, Eigenbetriebe und Gesellschaften der Landeshauptstadt sind wichtige **Ausbildungsträger**. Die Koalitionspartner sehen Aus- und Weiterbildung als integrale Bestandteile einer zukunftsgerichteten Personalentwicklung an. Die Ausbildungsinitiative von Landeshauptstadt und Eigenbetrieben wird weitergeführt.

Die Stadt und ihre Gesellschaften werden bei der Auftragsvergabe **soziale und ökologische Standards** berücksichtigen und auch Subunternehmer dazu verpflichten diese Standards einzuhalten. Dazu gehören insbesondere die **Tarifverträge**. Die Partner setzen sich für ein nachhaltiges, ökologisches und soziales Beschaffungswesen bei der Landeshauptstadt, ihren Eigenbetrieben und Gesellschaften ein.

IV. Kommunale Wirtschaftspolitik

Die Antwort auf die prekäre finanzielle Situation ist die **weitere wirtschaftliche Stärkung der Stadt** und nicht das bloße Verwalten der Haushaltsnotlage. Die Partner sind sich darin einig, dass neben der Konsolidierung des städtischen Haushalts Investitionen in die Zukunft und Attraktivität der Stadt unabdingbar sind – für Industrie, Handel und Gewerbe. Nur so kann Saarbrücken den Anschluss halten an die großen wirtschaftlichen Zentren der Republik und einen entscheidenden Beitrag leisten zur wirtschaftlichen Entwicklung des Saarlandes.

Die Landeshauptstadt braucht eine aktive und aufgabengerecht ausgestattete **Wirtschaftsförderung**. In den vergangenen fünf Jahren haben wir die Wirtschaftsförderung in Saarbrücken gestärkt und neu aufgestellt. Saarbrücken hat als Wirtschafts- und Einzelhandelsstandort deutlich an Profil gewonnen. Die Koalitionspartner werden gemeinsam mit den Akteuren der Wirtschaftsförderung die städtische Wirtschaftsförderungspolitik weiter intensivieren und auf konkrete Zielgruppen ausrichten. Dabei arbeiten wir eng mit den Verbänden zusammen. Ziel ist es, gute Rahmenbedingungen, insbesondere auch für **kleinere und mittlere Unternehmen** sicherzustellen. Wirtschaftsförderung beschränkt sich nicht nur auf die Förderung von Neuansiedlungen, sondern muss auch die Bedürfnisse der ansässigen Betriebe berücksichtigen. Die **GIU** wird als Instrument der städtischen Wirtschafts- und Strukturpolitik weiter gestärkt.

Mit unserer Ansiedlungspolitik zielen wir auf starke Unternehmen, die qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schaffen. Wir setzen uns für eine möglichst hohe Wertschöpfung vor Ort ein und möchten solche Unternehmen ansiedeln, die gute Arbeit und Wertschöpfung mit einem möglichst geringen Flächenverbrauch verbinden. Wir sehen in einem starken Niedriglohnsektor keinen Standortvorteil für Saarbrücken. Unser Ziel ist die Ansiedlung innovativer Unternehmen, die zukunftsfixe und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Frauen und Männer gleichermaßen schaffen.

Die Koalitionspartner bekennen sich zum **Messe- und Kongress-Standort Saarbrücken**. Die vorliegenden Planungen zur Verbindung von Messe- und Kongresswesen bilden eine gute Grundlage zur Realisierung eines neuen Messe- und Kongresszentrums im Umfeld der Congresshalle. Dieses Vorhaben werden wir mit dem Land aktiv weiter verfolgen und Saar-Messegesellschaft und CCS in einer gemeinsamen Gesellschaft zusammenführen. Dabei werden wir das Umfeld der Congresshalle mit Umsicht behandeln und bestehende Nutzungen für Erholung, Sport und Freizeit berücksichtigen.

Eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftsförderung sehen die Koalitionspartner in der Bereitstellung **attraktiver Gewerbeflächen**. Dabei ist das Know-how der städtischen Wirtschaftsförderung und der GIU von zentraler Bedeutung. Bestehende Gewerbeflächen sollen aufgewertet und wenn möglich verdichtet werden. Wenn die wirtschaftlichen Ziele durch Weiterentwicklung im Bestand nicht zu erreichen sind, werden wir zusätzliche Gewerbeflächen bereitstellen. Die Koalitionspartner bekennen sich zu dem geplanten Dienstleistungszentrum auf dem „Halberger Ohr“. Sobald ein neues Messe- und Kongresszentrum im Bereich der Congresshalle umgesetzt ist, werden wir das Messegelände als zusätzliche Gewerbefläche ausweisen.

Das demnächst vorliegende Saarbrücker **Gewerbeflächenkataster** soll gemeinsam mit den umliegenden deutschen und französischen Kommunen zu einem regionalen Gewerbeflächenmanagement ausgebaut werden. Dieses umfasst insbesondere auch innerstädtische Bereiche, deren Nutzung und Verdichtung wir vorrangig anstreben. Die Landeshauptstadt wird ein aktives **Leerstandsmanagement** entwickeln.

Ein florierender **Einzelhandel** ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine prosperierende und lebendige **Innenstadt**. Die Landeshauptstadt Saarbrücken hat sich zu *der* Einkaufsstadt im Südwesten entwickelt. Dazu haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Grundlagen gelegt. Die Koalitionspartner setzen sich weiterhin für optimale Rahmenbedingungen für den Handel in Saarbrücken ein. City-Marketing und Kontour werden als Instrumente zur Unterstützung des Einzelhandels und des Stadtmarketings weiterentwickelt und gestärkt. Die Koalitionspartner legen ein besonderes Augenmerk auf **den inhabergeführten Einzelhandel**. Dabei spielen insbesondere auch die innerstädtischen Einzelhandelslagen neben Bahnhofstraße und St. Johanner Markt, wie etwa Kaiserviertel, Kaiserstraße, Eisenbahnstraße, Nauwieser Viertel und Mainzer Straße eine herausgehobene Rolle. **Spielhallen** werden wir durch eine äußerst restriktive Genehmigungspraxis weiter eindämmen.

Für die Lebendigkeit und Attraktivität der Saarbrücker **Stadtteile** ist ein Angebot mit Gütern des täglichen Bedarfs in fußläufiger Entfernung von existentieller Bedeutung. Dazu dienen **Nahversorgungskonzepte**, mit denen die Ortsteilzentren gestärkt werden. Wir werden ein Konzept für die Stärkung von **Wochenmärkten** in den Stadtteilen entwickeln. Damit soll die regionale Vermarktung von Produkten gestärkt und so Wertschöpfung in der Region gehalten werden.

Der Bereich des **Städtetourismus** bildet einen wachsenden und zukunftsweisenden Wirtschaftszweig. Die Koalitionspartner werden die strategische Tourismusförderung ausbauen. Das Tourismuskonzept der Landeshauptstadt ist auf Grundlage der Tourismusstrategie 2020 des Regionalverbands weiterzuentwickeln. Kontour und die städtische Wirtschaftsförderung werden dabei als zentrale Akteure unterstützt. Der Messe- und Kongresstourismus wird im Rahmen der Stärkung des Messe- und Kongressstandorts Saarbrücken angekurbelt.

Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand. Die **städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe** sind von großer Bedeutung für die öffentliche Daseinsvorsorge und stellen einen wichtigen volkswirtschaftlichen Faktor für die ganze Region dar. Die Versorgung der Saarbrücker Bevölkerung mit öffentlichen Gütern von Energie über öffentlichen Nahverkehr, Wasser, Krankenhausleistungen bis hin zur Abfall- und Abwasserbeseitigung werden wir in kommunaler Hand behalten. Die Koalitionspartner setzen sich für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der städtischen Unternehmen ein.

Die Partner werden einem Verkauf städtischer Unternehmen an Private nicht zustimmen und ggf. auch Rekommunalisierungen in Betracht ziehen. Die Überführung von Aufgaben in privatrechtliche Gesellschaftsformen im Rahmen von interkommunalen Kooperationen ist dagegen möglich. Entscheidend ist der Erhalt der kommunalen Eigentümerschaft. Dies gilt grundsätzlich auch für eine Minderheitsbeteiligung von privaten Akteuren an öffentlichen Gesellschaften zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit kommunaler Unternehmen (z.B. Sicherstellung von Know-how).

V. Wissenschaft und Hochschulen in Saarbrücken

Die Koalitionspartner setzen sich für den **Erhalt der Hochschulen und ihres breiten Fächerangebots** ein. Die strukturpolitische Bedeutung der Hochschulen für die Entwicklung des Landes und der Landeshauptstadt muss bei der Hochschulentwicklungsplanung und den geplanten Einsparungen im Hochschulbereich stärker berücksichtigt werden. Die Hochschulreform muss systematisch in die Landesentwicklungsplanung eingebettet werden.

Saarbrücken ist eine Studierendenstadt. Die Hochschulen sind **identitätsstiftende Einrichtungen** unserer Landeshauptstadt. Sie erfüllen wichtige Funktionen im Bereich der Forschung und Lehre. Sie sind ein wesentlicher Pfeiler des globalen Austauschs des Saarlandes und des Zusammenwachsens der Großregion. Saarbrücken und das Saarland profitieren von ihrem positiven Image und ihrem Beitrag zur Urbanität.

Die Hochschulen sind die zentralen Institutionen, um **junge Menschen** zwischen 20 und 30 Jahren zu halten und neue hinzuzugewinnen. Sie tragen dazu bei, den Folgen des demografischen Wandels in der Landeshauptstadt durch den Zuzug junger, qualifizierter Menschen gegenzusteuern. Die Hochschulen vor Ort haben auch eine soziale Funktion. Sie helfen jungen Menschen aus sozial benachteiligten Familien aus dem Saarland beim Aufstieg durch Bildung, indem für sie ein Hochschulstudium durch die Nähe der Angebote erschwinglicher wird.

Die Hochschulen leisten einen **wichtigen Beitrag für eine positive wirtschaftliche Entwicklung** im Saarland. Sie sind wesentlich für einen erfolgreichen Strukturwandel in Saarbrücken und im gesamten Saarland. Für die Wirtschaft der Stadt und des Landes sind sie zentrales Instrument der Rekrutierung von hochqualifiziertem Nachwuchs. Saarbrücken und die heimische Wirtschaft profitieren in hohem Maße von den Hochschulen und ihren Studenten. Die Hochschulen sind wichtige Arbeitgeber und bedeutende Auftraggeber für die regionale Wirtschaft. Allein die Universität gibt über Betriebsausgaben und sonstige Aufwendungen jedes Jahr zwischen 37 und 56 Millionen Euro in den hiesigen Wirtschaftskreislauf. Die rund 25.000 Studierenden tragen über ihren Konsum jedes Jahr rund 140 Millionen Euro zur Belebung des hiesigen Wirtschaftskreislaufs bei. Über sinkende Schlüsselzuweisungen wäre Saarbrücken auch direkt massiv von einer sinkenden Studierendenzahl betroffen.

Die laufende Debatte um die Zukunft der saarländischen Hochschulen muss transparenter geführt werden. Dies betrifft sowohl die Einsparvolumina als auch die mit einer möglichen Reduzierung einhergehende Nachteile und Kosten. Die Auswirkungen vorgesehener Maßnahmen auf Stadt und Land müssen stärker als bisher in die Diskussion einfließen. Hochschulentwicklung muss Bestandteil der Landesentwicklungsplanung sein. Dabei müssen die spezifischen Interessen der Hochschulstädte berücksichtigt werden. Die Strategie für die Saarbrücker Hochschulen muss in eine übergreifende Innovations- und Zukunftsstrategie eingebettet werden.

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, die Hochschulen stärker zu vernetzen, die Zusammenarbeit zwischen ihnen und der städtischen Verwaltung auszubauen und in Stadtplanung, Kultur und viele weitere Bereiche einzubeziehen. Dabei hat die „Kontaktstelle Wissenschaft“ eine zentrale Koordinierungsfunktion.

Die Koalitionspartner werden **studentisches Wohnen** stärken und unterstützen. Wir werden studentisches Wohnen künftig noch stärker in die Saarbrücker Wohnungspolitik einbeziehen und die Akteure und Institutionen stärker vernetzen. Zusammen mit der städtischen Siedlungsgesellschaft, den Hochschulen, dem Studentenwerk und den Studierendenvertretern, aber auch mit der GIU und der Stadtplanung, werden wir das Thema systematisch angehen. Projekte, wie „Wohnen für Hilfe“ werden von den Koalitionspartnern unterstützt. Die Angebote der städtischen Siedlungsgesellschaft werden wir auch für Studenten attraktiver machen. Quartiere, die bislang weniger studentisch geprägt waren, wollen wir hinsichtlich studentischem Wohnen entwickeln und so den Druck auf den studentischen Wohnungsmarkt in den innerstädtischen Vierteln senken.

VI. Klima, Energie, Umwelt und Mobilität

Die Koalitionspartner haben in den vergangenen Jahren entscheidende Fortschritte auf dem Weg zur ökologischen Stadt erzielen können. So sind die Stadtwerke Saarbrücken wieder in die Energieerzeugung eingestiegen. Wir haben hochmoderne umweltfreundliche Gaskraftwerke gebaut. Gleichzeitig haben wir den Ausbau von Photovoltaik vorangetrieben. Diesen Weg wollen wir weiter gehen und setzen uns auch zukünftig für das Gelingen der Energiewende in Saarbrücken ein.

Dazu soll das städtische **Klimaschutzprogramm** ausgebaut werden. Neben der ökologischen Verkehrswende gehören die Förderung und Umsetzung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz ebenso dazu wie der Ausbau der Erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung sowie die Ausweitung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt. Unser Ziel bleibt, bis 2020 eine CO²-Reduzierung von 40 % in der gesamten Landeshauptstadt zu erreichen. Der ökologische Strukturwandel und das Energiemanagement in der Stadt sind zu fördern.

Die Energiewende auf Bundesebene hat auch Auswirkungen für Saarbrücken und die Menschen in der Stadt. Während große Unternehmen von Kosten befreit werden, sind Stromverbraucher und Stadtwerke die Verlierer. Die Koalitionspartner wollen sich auf Bundesebene daher für faire, umweltpolitisch sinnvolle und soziale Rahmenbedingungen der Energiewende einsetzen. Die Koalition setzt insbesondere auf regenerative Energieträger für die Stadt.

Den Bau von Photovoltaikanlagen auf stadt eigenen Gebäuden werden wir weiter forcieren. Bebauungspläne müssen grundsätzlich die Kriterien Energieeffizienz und Klimaschutz berücksichtigen.

Die Koalitionspartner setzen sich auf Landesebene dafür ein, dass ein Förderprogramm für Nah- und Fernwärme aufgelegt wird, das große und mittelständische Unternehmen sowie Privathaushalte einbezieht. Wir streben an, die Nah- und Fernwärmeförderung nach dem KWKG zu erhöhen. Unter Beteiligung aller Akteure wollen wir bei quartiersbezogenen Sanierungsmaßnahmen sowohl den Anteil erneuerbarer Energien erhöhen, als auch die Energieeffizienz steigern. Auch in anderen Bereichen werden wir alle Möglichkeiten zur Förderung von energieeffizientem Handeln der Stadt oder ihrer Bürgerinnen und Bürger nutzen und unterstützen. Entsprechende Förderprogramme werden wir konsequent nutzen.

Die Kampagnen und Aktivitäten für **eine saubere Stadt** Saarbrücken werden wir auf hohem Niveau weiterführen. Dabei werden wir ZKE weiterhin als *den* Entsorgungsbetrieb in Saarbrücken und Dienstleister der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt stärken. Die Einführung der Müllverwiegung war richtig und zielführend. Es hat sich als effizientestes Mittel bestätigt, das Restmüllaufkommen zu reduzieren und Wertstoffe wie Glas, Papier, Kunststoff, Metall, Alttextilien und Bioabfälle getrennt zu sammeln und zu verwerten. Der Erfolg bestätigt unsere Entscheidung. Die Koalitionspartner halten daher daran fest.

Innerstädtische Wiesen und Grünflächen sind ein hohes Gut für den Lebensraum Stadt, das wir erhalten, naturnah bewirtschaften und ausbauen möchten. Die Begrünung unserer Plätze und Straßen mit Bäumen und Pflanzen sowie der Schutz und Ausbau bestehender grüner Ruhezonen und Parkanlagen sind ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Klimas in unserer Stadt. Wild- und Honigbienen sind schützenswerte Arten, die naturnahe Flächen auch im städtischen Raum brauchen. Die Koalitionspartner unterstützen dabei bürgerschaftliches Engagement wie „Urban Gardening“- Projekte, Patenschaften für Grünpflege, Initiativen wie Blühendes Saarland e.V. oder Projekte wie die "Essbare Stadt".

Bäume bedeuten Lebensqualität für Menschen und Tiere. Sie gehören zu unserem Stadtbild und wirken identitätsstiftend. Die Partner setzen sich für den Erhalt, die Pflege und die Erhöhung der Anzahl der Stadtbäume in Saarbrücken ein. Wir werden geeignete niedrigschwellige Informationsmöglichkeiten über Baumfällungen etablieren, um damit für Verständnis für notwendige Baumfällungen zu werben, sowie die die Bürgerinnen und Bürger transparent über Aufforstungen und Ersatzpflanzungen zu informieren.

Wir haben ein besonderes Augenmerk darauf, dass beim Ausstieg der RAG aus der Kohleförderung keine langfristigen ökologischen Schäden etwa durch Grubenabsenkungen oder die Aufgabe von Standorten entstehen.

Die Koalitionspartner wollen die **Verkehrswende** auch in den nächsten fünf Jahren weiter voranbringen. Dafür wollen wir den ÖPNV und den Radverkehr weiter stärken und für mehr Fußgängerfreundlichkeit sorgen. Als zentrales Instrument zur strategischen Mobilitäts- und Verkehrsentwicklung wird bis 2016 der **Verkehrsentwicklungsplan** neu aufgestellt. Die Bündnispartner werden die Belange von Radfahrerinnen und Radfahrern, Fußgängerinnen und Fußgängern sowie den ÖPNV im Verkehrsentwicklungsplan und seiner Umsetzung umfassend berücksichtigen.

Beim **Ausbau der Radwege** konnte Rot-Rot-Grün in den vergangenen Jahren spürbare Fortschritte erreichen. Wir wollen den Anteil des Fahrrad-Verkehrs auf zehn Prozent des Verkehrsaufkommens erhöhen. Die Schaffung von durchgängigen komfortablen und sicheren Fahrradverkehrsverbindungen innerhalb und zwischen den Stadtteilen ist dafür das entscheidende Instrument. Zur Umsetzung eines durchgängigen innerstädtischen Alltagsradverkehrsnetzes werden wir unter Berücksichtigung der Sicherheitsstandards deutlich mehr Platz für die Fahrradfahrer schaffen. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Einbettung aller Maßnahmen in das gesamte innerstädtische Verkehrssystem.

Bestehende Lücken im Radwegenetz werden wir schließen. Dazu wollen wir weitere Fahrradwege bauen, Ampelschaltungen in Hinblick auf den Fahrradverkehr optimieren und weitere Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung freigeben. Zu einer fahrradfreundlichen Stadt gehört für uns auch die Schaffung zusätzlicher Fahrradabstellplätze. Wir setzen uns des Weiteren dafür ein, dass Fahrräder in den Bussen des

SaarVV kostenlos mitgenommen werden können. An Bushaltestellen, die mit dem Fahrrad besonders gut zu erreichen sind werden wir die Fahrradinfrastruktur verbessern, um die Verknüpfung von Fahrradverkehr und ÖPNV (Bike&Ride) zu verbessern.

Die Situation für **Fußgänger** werden wir ebenfalls signifikant verbessern. Wir werden Gehwege stolper- und barrierefrei gestalten, die Ampelschaltungen auch unter Fußgängerinteressen optimieren und die Instandsetzung von Wegen und Treppen in den Bezirken vorantreiben.

Die Koalitionspartner werden weitere Maßnahmen angehen, den **ÖPNV** in der Stadt weiter auszubauen und attraktiver zu machen. Konzepte wie Park&Ride, Park&Bike und Bike&Ride wollen wir dabei verstärkt fördern. In den Außenbezirken werden wir neue Park&Ride-Plätze schaffen. In Zusammenarbeit mit dem SaarVV wollen wir Park&Ride und ÖPNV besser verknüpfen. Die optimale Vernetzung aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Umweltverbundes ist für uns prioritäres Ziel.

Unser Ziel ist es, dass die Stadtteile und die Innenstadt möglichst im 30-Minuten-Takt von früh bis spät mit Bus und Saarbahn erreichbar sind. Eine bessere Preisgestaltung vor allem für Jugendliche, Familien und für Kurzstrecken wollen wir prüfen. Die Wabengestaltung des SaarVV auf dem Gebiet der Stadt Saarbrücken werden wir zusammen mit unseren Partnern optimieren. Die Tarifiermäßigung für Inhaber der SozialCard werden wir auch künftig sicherstellen.

Die Koalitionspartner streben grundsätzlich einen **Ausbau der Saarbahn** und die Schaffung neuer Linien an. Wir sind uns bewusst, dass die Stadt die Finanzierung alleine nicht stemmen kann. Daher werden wir mit dem Land über eine Finanzierung verhandeln. Die Verbindung zwischen Bus und Saarbahn wollen wir, wo nötig, verbessern.

Unsere Stadt darf nicht vom überregionalen Schienenverkehr abgehängt werden. Die Koalitionspartner setzen sich daher für eine bessere **Anbindung Saarbrückens an den DB-Fernverkehr** ein. Wir brauchen direkte, regelmäßige und attraktive Verbindungen in die wirtschaftlichen Zentren Deutschlands und der Region, etwa nach Köln, Frankfurt, München. Außerdem werden wir uns weiter dafür stark machen, dass die ICE/TGV-Verbindung nach Paris erhalten und wieder ausgebaut wird. Über die Kosten der transnationalen Strecken muss verhandelt werden. Die Anbindung Saarbrückens an das **Fernbusnetz** werden wir weiter unterstützen.

Wir streben ein innovatives **Parkraumkonzept** an, das die Interessen von BewohnerInnen, Gewerbetreibenden, PendlerInnen und BesucherInnen berücksichtigt. Die Partner werden die Interessen von AnwohnerInnen weiter stärken. Wir werden das System des Anwohnerparkens bedarfs- und quartiersbezogen weiterentwickeln. Die Verlängerung der Parkzeiten für AnwohnerInnen, wie für die Mainzer Straße und das Nauwieser Viertel testweise umgesetzt wurde, werden wir evaluieren und ggf. auf andere Brennpunktgebiete ausweiten. Falschparken wollen wir weiter entschlossen bekämpfen und dafür die bestehenden verstärkten Kontrollen beibehalten, ohne dass die AnwohnerInnen dadurch benachteiligt werden.

Gemeinsam mit den Geschäftsleuten und dem City-Marketing streben wir die Schaffung eines Parkrabatt-System an. Mit dem privaten Betreiber Q-Park werden wir über eine Senkung der Parkgebühren und eine nutzerfreundlichere Taktung verhandeln. Gleich-

zeitig wollen wir durch die Schaffung weiterer Park&Ride-Möglichkeiten und das neue Parkhaus am Quartier Eurobahnhof die Alternativen zu Q-Park weiter verbessern.

Wir wollen den **Lärmschutz** in unserer Stadt weiter verbessern. Diejenigen Gebiete, die vom Lärm am stärksten betroffenen sind, sollen dabei vorrangig behandelt werden. Wir werden einen Lärmaktionsplan in den Verkehrsentwicklungsplan aufnehmen.

VII. Nachhaltige Stadt- und Stadtteilentwicklung

Die Koalitionspartner stimmen darin überein, dass die **Stärkung der Stadtmitte und die Stärkung der Stadtteile** einander bedingen. Es entspricht unserem Verständnis von städtischem Lebensgefühl und städtischem Selbstbewusstsein, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger sowohl mit ihrem Stadtteil und Quartier als auch mit der Stadt als Ganzes identifizieren. Das Stadtentwicklungskonzept, die darauf aufbauenden Stadtteilentwicklungskonzepte sowie die thematischen Einzelkonzepte bilden für die Koalitionspartner die Grundlagen der Stadtentwicklung. Sie werden unter breiter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Vereine vor Ort entwickelt. Sie sind umzusetzen und fortzuschreiben. Dabei wird die Verwaltung beauftragt insbesondere die Einwerbung von Fördermitteln zur Stadt- und Stadtteilentwicklung zu forcieren.

Die Partner bekennen sich zu dem Projekt „**Stadtmitte am Fluss**“ als zentrales Leitprojekt der Stadt und des Landes. Mit diesem Projekt wurde unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft eine zukunftsorientierte städtebauliche Entwicklung der Landeshauptstadt in Gang gebracht. Die Reaktivierung der Berliner Promenade, die Anlage der großen Freitreppe, die neue Gestaltung des Willi-Graf-Ufers und des Rabbiner-Rülf-Platzes haben der Stadt eine ganz neue Qualität gegeben. Die grundlegende Wiederbelebung der Eisenbahnstraße, die Aufwertung des Osthafens und die Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur im Bereich der Saar sind in Gang. Das Projekt darf nicht auf den Bau des Tunnels reduziert werden. **Stadtmitte am Fluss bedeutet die konsequente Hinwendung der Stadt zu ihrem Fluss** und das Zusammenwachsen der durch den Fluss und die Stadtautobahn getrennten Stadtteile.

Die **Stadtautobahn** ist nach wie vor das größte verkehrliche und städtebauliche Problem der Innenstadt. Unsere Ziele bleiben, die Stadtautobahn sicherer zu machen, umfassenden Lärmschutz umzusetzen und die bislang schon stark belastete Stadtautobahn funktionsfähiger zu machen. Die Untertunnelung wäre für uns nach wie vor die beste Lösung. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt und des Landes an einem solchen Projekt ist für uns nicht realistisch. Der Bund als Eigentümer der Stadtautobahn ist gefordert, endlich ein Konzept vorzulegen, wie er in Zukunft mit der jetzt schon überlasteten Autobahn umgehen will. Ein sechsspüriger Ausbau der Stadtautobahn ist dabei keine Alternative.

Der **Lärmschutz entlang der Stadtautobahn** ist schnellstmöglich zu realisieren. Gegenüber dem Staden werden wir umgehend geeignete Lärmschutzmaßnahmen durchsetzen. Auch an den anderen Stellen im Bereich der Innenstadt sind zügig geeignete Maßnahmen zur Lärmreduzierung vorzusehen.

Wohnen in Saarbrücken ist außerordentlich beliebt. Die Nachfrage nach gutem und bezahlbarem Wohnraum ist groß. Wir haben eine breite **Wohnraumoffensive** aufgelegt, die erste Früchte trägt, wie die gestiegenen Einwohnerzahlen bestätigen.

Die Koalitionspartner stimmen darin überein, die **städtische Siedlungsgesellschaft** als Instrument der städtischen Wohnungspolitik weiterhin zu unterstützen und zukunftsfest zu machen. Die Siedlung hat in den letzten Jahren einen großen Teil ihres Wohnungsbestandes saniert, bietet Wohnraum für Menschen mit schmalere Geldbeutel und leistet wertvolle Beiträge zur Stadtentwicklung sowie zum sozialen Zusammenhalt in den vom wirtschaftlichen Strukturwandel besonders betroffenen Stadtteilen. Die Landeshauptstadt wird sich beim Bund dafür einsetzen, dass ein neues Förderprogramm zur Schaffung und Sanierung von günstigem Wohnraum aufgelegt wird.

Wir wollen, dass sich noch mehr junge Familien in Saarbrücken ansiedeln. Mit attraktiven **Neubaugebieten** werden wir weitere Angebote für Menschen machen, die sich in Saarbrücken niederlassen möchten. Die zügige Umsetzung solcher Gebiete nimmt auch Druck aus dem innerstädtischen Wohnungsmarkt und hilft so, die Preisentwicklung für Wohnraum zu dämpfen.

Wir begrüßen und unterstützen **privates Engagement** im Bereich des Wohnungsbaus in Saarbrücken. Herausragende Beispiele sind das alte **Stadtbad St. Johann** und das **Gareilly-Haus** in Alt-Saarbrücken. Dieses Engagement ist ein Ausdruck des Vertrauens privater Investoren in unsere Stadt. Potenzielle Bauherren brauchen gute und zuverlässige Ansprechpartner in der Verwaltung sowie schnelle und einfache Genehmigungsverfahren. Bei innerstädtischen Neubaumaßnahmen setzen wir uns für einen Mix aus Wohnen und Gewerbe ein. Baugemeinschaften und Baugenossenschaften haben unsere besondere Unterstützung.

Neue Wohnformen und -projekte, die den verschiedenen Bedürfnissen unterschiedlicher Lebensalter und Lebensformen gerecht werden, werden wir unterstützen. Dazu zählen etwa **Senioren-WG's**, **Mehrgenerationenhäuser**, **Wohnen mit Kindern** und **inklusives Wohnen** für Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung. Bauprojekte wie auf dem **Rastpfuhl** und im Wittum in **Alt-Saarbrücken** oder auch das Stadtbadprojekt in **St. Johann** zeigen, dass solche Projekte Zukunft haben. Auch die Verbindung von studentischem Wohnen und privater Hilfestellung für Seniorinnen und Senioren im Alltag halten wir für zukunftsweisend. Wir möchten solche kooperative Wohnformen auch auf andere Zielgruppen ausweiten.

Bei der Umsetzung des Wohnbauprogramms der Landeshauptstadt soll die Weiterentwicklung der Wohnmöglichkeiten vorrangig durch **Umbau und Modernisierung** des Bestandes sowie durch die Schließung von **Baulücken** erfolgen. Sinnvolle Instrumente hierzu können Sanierungssatzungen und ein aktives Baulückenmanagement darstellen. Das Leerstandskataster wird fortgeschrieben.

Die Partner werden die Verwaltung beauftragen, im Einvernehmen mit den Mieter- und Vermieterverbänden einen qualifizierten **Mietspiegel** für die Landeshauptstadt zu erarbeiten, sofern Kosten und Nutzen dieses Instruments in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Die Koalitionspartner sind sich einig, die **Stadtteile und Quartiere** als attraktive Wohnorte gemeinsam mit der Innenstadt weiterzuentwickeln. Ebenso wie in der Innenstadt sorgen wir auch in den Stadtteilen für Lebensqualität. Die Menschen brauchen eine **Infrastruktur vor Ort**, dort, wo sie leben: Schulen, Kitas, Einkaufsmöglichkeiten, Räumlichkeiten für Vereine, Friedhöfe, Sport- und Freizeitangebote sowie eine gute Verkehrsanbin-

derung. Wir werden die Stadtteile und ihre Zentren aufwerten und eine Stadt der kurzen Wege ermöglichen. Dabei werden wir insbesondere das Freiraumentwicklungsprogramm mit dem Erhalt von Grünflächen, der Gestaltung der Freiflächen und Stadtteilplätze sowie die Leitlinien zur Nahversorgung zur Sicherstellung einer wohnortnahen und fußläufigen Versorgung mit den Gütern des täglichen Lebens umsetzen. Die kulturellen Angebote in den Stadtteilen werden wir fördern und erhalten. Die Koalitionspartner werden die Kultur- und Lesetreffs als Projekte der Stadtteilkultur erhalten und fördern. Die Bürgerhäuser werden als Begegnungsräume für Vereine und Initiativen im Stadtteil aufrechterhalten. Die Koalitionspartner unterstützen die Arbeit von Initiativen, Vereinen und Nachbarschaften, die sich für die Entwicklung ihres Stadtteils stark machen.

In **Alt-Saarbrücken** werden wir weitere Impulse zur städtebaulichen Entwicklung geben. Die weitere Entwicklung der Eisenbahnstraße werden wir begleiten und unterstützen sowie eine Neugestaltung der Heuduckstraße angehen. Wir werden die notwendigen Diskussionen um die Nutzung des ehemaligen Kultusministeriums und sein Umfeld inklusive des Parks von städtischer Seite aktiv unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger begleiten. Für das ehemalige Milchhof-Gelände werden wir eine zukunftsfähige neue Nutzung finden. Die Integration der in Alt-Saarbrücken angesiedelten Hochschulen in den Stadtteil werden wir weiter vorantreiben.

Für **Malstatt** werden wir in enger Abstimmung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Vereine und Initiativen vor Ort neue Impulse zur Stadtteilentwicklung setzen. Die Koalitionspartner unterstützen die Bewerbung des unteren Malstatt zum Programm „Soziale Stadt“. Dabei werden wir die Erfahrungen der bisherigen Projekte einfließen lassen. Bestehenden Abwärtsentwicklungen in bestimmten Teilbereichen werden wir uns konzertiert mit allen Akteuren vor Ort entgegenstellen und geeignete Instrumente und Lösungen gemeinsam mit allen Anwohnerinnen und Anwohnern suchen.

In **St. Johann** werden wir die Mischung aus Wohnen, Handel/Gewerbe und Freizeit im Nauwieser Viertel erhalten. Wir werden die Entwicklung des Mühlenviertels vorantreiben, insbesondere auch zur Entlastung des Nauwieser Viertels. Die Mainzer Straße wird attraktiv neu gestaltet. Die Aufwertung des Osthafenareals einschließlich der maroden Silos wollen wir in den kommenden Jahren realisieren und dafür einen Bebauungsplan aufstellen. Wir setzen uns dabei ein für ein gutes Miteinander von freier Szene und Jugendkultur, anderen Nutzern des Hafengebiets und dem Ziel der Aufwertung der Silos und des gesamten Areals. Das Polizeiareal in der unteren Mainzer Straße möchten wir mittelfristig für Wohnbebauung nutzen. Im Wohngebiet Bruchwiese und auf dem **Eschberg** unterstützen wir die Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen für ältere Menschen und steigern gleichzeitig die Attraktivität für den Zuzug von jüngeren Menschen und Familien.

In **St. Arnual** werden wir ein Verkehrskonzept zur Entschärfung der Verkehrssituation in der Saargemünder Straße erarbeiten. Den Daarler Markt werden wir auf Grundlage der bereits umgesetzten Bauabschnitte als lebendigen Treffpunkt weiterentwickeln.

Am Füllengarten in **Burbach** verfolgen wir den innovativen Ansatz einer engen Verzahnung von Wohnen, Bildung und Arbeit. Die Koalitionspartner unterstützen die Bestrebungen in **Altenkessel** eine Standortgemeinschaft zu gründen, um die Entwicklung des Stadtteils voranzutreiben. In **Gersweiler** soll die Ortsmitte neu gestaltet und eine freundlichere Ortseingangssituation geschaffen werden und in **Klarenthal** der Neubau der Kindertagesstätte auf den Weg gebracht werden.

Im Stadtbezirk **Dudweiler** werden wir in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern sicherstellen, dass Veranstaltungen wie Kirmes und Karneval erhalten werden und die Vereine bei ihrer wichtigen Arbeit Unterstützung erhalten. Auf Grundlage der Erfahrungen mit dem neu geschaffenen Kinder- und Elternbildungszentrum (KIEZ) am Anger möchten wir ein Gemeinwesenprojekt in Dudweiler-Mitte installieren. Durch die Schaffung des Versorgungszentrums **Scheidt** werden wir hier die Nahversorgung verbessern.

In den **Stadtteilen im Bezirk Halberg** werden wir die Ortskerne weiter stärken. Mit Investitionen soll das Leben vor Ort bereichert werden, die Nahversorgung erhalten bleiben und Familien unterstützt werden, hier zu leben. Die kulturelle Infrastruktur vor Ort für Vereine und Bürgerinnen und Bürger werden wir weiterentwickeln. Die Koalitionspartner werden den Bau des Kreisverkehrsplatzes Heringsmühle umsetzen. In **Fechingen** soll die Provinzialstraße städtebaulich aufgewertet werden. Mit der Schaffung eines Dienstleistungszentrums am Halberger Ohr wird **Brebach** als Nebenzentrum aufgewertet. Die Maßnahme strahlt positiv auf alle Stadtteile auf dem Halberg aus. In **Ensheim** werden wir die Nahversorgung verbessern. Für den Erhalt der **Güdingener Schleuse** werden wir uns auf Landes- und Bundesebene vehement einsetzen.

VIII. Sport und Freizeit

Saarbrücken bietet ein großes **Angebot an Sport- und Freizeitmöglichkeiten**. Über 280 Vereine ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern vielfältige **sportliche Aktivitäten**. Wir werden diese Vereine weiterhin unterstützen. Die Jugendarbeit der Sport treibenden Vereine und die vereinseigenen Sporteinrichtungen werden wir weiterhin auf hohem Niveau fördern. Die schrittweise Sanierung der Sporthallen und -plätze im gesamten Stadtbereich als auch die Schaffung von **Natur- und Kunstrasenplätzen** wird weitergeführt.

Das Saarbrücker Sport- und Freizeitangebot soll durch einen Sportstättenentwicklungsplan optimiert werden. Ziel ist es, für möglichst alle Bezirke entsprechende moderne Sportanlagen vorzuhalten. Die Verwaltung wird künftig prioritäre Vorhaben, die sich aus dem Sportstättenentwicklungsplan ergebenden, besonders unterstützen. Im Zuge der Erstellung des Planes und zur Priorisierung von Maßnahmen soll zunächst die Qualität der Versorgung der einzelnen Bezirke festgestellt werden. Dabei finden städtische Einrichtungen, Vereinsflächen sowie freie Flächen wie Bolzplätze und Multifunktionsspielfelder für den unorganisierten Sport Berücksichtigung.

Zur Steigerung der Attraktivität der Freizeitmöglichkeit für Jugendliche werden wir die neue **Skateranlage** im Bürgerpark realisieren. In den vergangenen Jahren hat Rot-Rot-Grün bereits trotz knapper Kassen Geld für die Sanierung der **Skateranlage im Bürgerpark** in den Haushalt eingestellt. Wir streben eine Ko-Finanzierung über Drittmittel an, um die Anlage zu einem großen Skaterpark zu erweitern. Bei der Planung werden die Jugendlichen intensiv einbezogen.

Saarbrücken hat ein gut ausgebautes Angebot öffentlicher **Schwimmbäder**, das wir erhalten werden. Zur Verbesserung der finanziellen Situation des Bäderbereichs haben in der letzten Legislatur die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen. Wir werden unsere Schwimmbäder weiterentwickeln, ihre Attraktivität steigern, allen vier Standorten klare Pro-

file geben sowie Kundenfreundlichkeit und Service verbessern. Die Fortschritte werden wir dabei kontinuierlich prüfen. Das Freizeitbad **Calypso** werden wir weiter attraktiv erhalten und sicherstellen, dass die Schwimmvereine hier auch in Zukunft trainieren können.

Das Fußballstadion am **Ludwigspark** gehört ebenfalls zu den städtischen Sporteinrichtungen. Es ist dringend sanierungsbedürftig. Wir werden aus dem Ludwigspark ein Stadion machen, das den heutigen Standards gerecht wird. Dabei werden wir darauf achten, dass die Kosten im gesteckten Rahmen bleiben. Die jährlichen städtischen Mittel für Betrieb und Erhalt müssen nach der Sanierung deutlich gesenkt werden. Die Verwaltung wird ein neues Verkehrs-, Umfeld-, Nutzungs- und Sicherheitskonzept erarbeiten. Besonderes Augenmerk gilt einer Lösung der Problematik um den ruhenden Verkehr bei Veranstaltungen im Ludwigspark, die vor allem die Anwohner am Rodenhof entlastet. In einem zukünftigen Betreiberkonzept müssen städtische Veranstaltungen und die Interessen von Amateurvereinen angemessen berücksichtigt werden.

Der Saarbrücker **Zoo** ist mit rund 200.000 Besucherinnen und Besuchern jährlich eine der beliebtesten Freizeiteinrichtungen Saarbrückens und des Saarlandes. Wir werden ihn erhalten und auf Grundlage des „Masterplans Zoo“ den Sanierungsstau abtragen, der sich über die Jahre gebildet hatte. Auch der **Wildpark** in St. Johann ist ein wichtiges Freizeitangebot – gerade für Familien mit geringem Einkommen.

Die Pflege von **Grünflächen, Parks und Friedhöfen** werden wir auf hohem Niveau erhalten. Wir werden die zukunftsfähige Erhaltung und Gestaltung unserer Friedhöfe konzeptionell sicherstellen. Die ehemalige Friedhöfe Alt-Saarbrücken und Jenneweg möchten wir als öffentliche Grünanlagen attraktiv erhalten. Die Sanierung des Deutsch-Französischen Gartens werden wir auf Grundlage des Tourismuskonzepts DFG 2012+ weiter vorantreiben.

IX. Kulturstadt

Saarbrücken ist das **kulturelle Zentrum des Saarlandes** und *der* kulturelle und soziale Schmelztiigel in der Großregion. Menschen aus über 150 Nationen sorgen für ein unverwechselbares internationales Flair. Das gute Miteinander macht die Stadt lebens- und liebenswert: kulturell, wirtschaftlich und sozial. Weltoffenheit und Toleranz prägen das Hauptstadtgefühl in unserer Stadt.

Die Partner verstehen **Kultur als Pflichtaufgabe und als öffentliches Gut**, das allen zugänglich sein muss. Mit ihren Denkanstößen liefern Künstlerinnen und Künstler Impulse, die unsere Gesellschaft weiterentwickeln, Räume für fruchtbare Diskussionen schaffen und neue Wege aufzeigen. Kultur ist wichtige Voraussetzung für die Teilhabe aller Saarbrücker Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben. Nirgendwo sonst in der Region gibt es ein derart breites Angebot an Kunst und Kultur wie in Saarbrücken. Als Landeshauptstadt ist Saarbrücken auch der Sitz unverzichtbarer Kulturinstitutionen des Landes, für deren Erhalt wir ebenso eintreten wie für die Kulturinstitutionen des Regionalverbandes.

Die Saarbrücker Kulturlandschaft lebt insbesondere von den Einrichtungen und Angeboten der Stadt. **Wir werden die Arbeit der bestehenden städtischen Kultureinrichtungen sichern.** Aufgrund seiner überregionalen Bedeutung für den Nachwuchsfilm setzen wir uns mit Nachdruck für ein Engagement des Bundes beim **Filmfestival Max-Ophüls-**

Preis ein. Wir streben eine enge Kooperation zwischen Filmhaus und Kino 8½ an. Mit der Wiedereröffnung der Stadtgalerie und der Schaffung der neuen Spielstätte des Theaters im Viertel in der Alten Feuerwache hat Rot-Rot-Grün in der letzten Legislaturperiode Zeichen gesetzt. Beide Einrichtungen haben weiterhin unsere volle Unterstützung.

Die finanzielle Kulturförderung für die **freie Szene** werden wir auf hohem Niveau erhalten und möglichst schrittweise anheben. Die Förderkriterien werden wir transparent und gerecht gestalten. Die Unterstützung des Saarbrücker Kulturbahnhofs KuBa werden wir fortsetzen. Als lebendige und junge Stadt ist Saarbrücken auch auf eine **urbane Kreativszene** angewiesen. Neben den kulturellen Highlights wollen wir auch Freiräume für innovative, kritische und inspirierende Kulturprojekte schaffen – möglichst in Kooperation mit den bestehenden Institutionen.

Mit der Förderung lokaler **Graffitikünstlerinnen und Graffitikünstler** geben wir auch dieser Kunstform Raum, beispielsweise gegenüber dem Staden oder am Heizkraftwerk Römerbrücke. Des Weiteren setzen wir konsequent auf kulturelle Angebote in den Stadtteilen, etwa mit den Kultur- und Lesetreffs, den Stadtteilautoren oder der Breite 63 als Zentrum der Stadtteilkultur in Malstatt.

Die Koalitionspartner unterstützen auch die **grenzüberschreitende Kulturarbeit**. Das deutsch-französische **Theaterfestival Perspectives** werden wir erhalten. Der Prix Robert Schuman und der Prix Theodore Gouvy konnten als gemeinsame kulturelle Großereignisse der Region etabliert werden. So wird die Großregion für ihre Bürgerinnen und Bürger erlebbar.

SPD, Die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen zu einer Fortsetzung und Intensivierung der Saarbrücker Gedenkkultur. In den vergangenen fünf Jahren haben wir hier wichtige Impulse gesetzt. Wir werden in den nächsten fünf Jahren unter anderem eine **namentliche Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus** einrichten. Dazu ist der Bereich der Synagoge am Beethovenplatz ein geeigneter Ort.

Die **Städtepartnerschaften** Saarbrückens mit Tbilissi (Georgien), Nantes (Frankreich) und Cottbus institutionalisieren kulturellen Austausch der Bürgerinnen und Bürger. Wir möchten diese Partnerschaften fortführen und ihnen neue Impulse geben. Auf Grundlage konkreter Arbeitszusammenhänge befürworten wir auch weitere internationale Kooperationen. Beispielhaft ist die Kooperation mit Diriamba in Nicaragua, die in diesem Jahr ihr 30-jähriges Bestehen feiert.

Die grenzüberschreitende Kooperation mit den **französischen Nachbarkommunen** ist für uns nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch eine Notwendigkeit. Viele kommunalpolitische Probleme lassen sich nur noch gemeinsam lösen. Die entsprechenden Institutionen wollen wir stärken und wo notwendig reformieren.

Die Koalitionspartner sind stolz auf die Erfolge bei der Förderung des **Fairen Handels**. Unsere Landeshauptstadt hat 2009 als erste Fair-Trade-Stadt Deutschlands Zeichen gesetzt und wurde im vergangenen Jahr zum dritten Mal in Folge als „**Vize-Hauptstadt des fairen Handels**“ ausgezeichnet. Möglich wurde dies durch eine Fülle lokaler Einzelinitiativen und durch herausragendes ehrenamtliches Engagement vieler Beteiligter. Wir wollen Fair Trade weiter ausbauen und die Vernetzung mit entsprechenden Vereinen und Initiativen intensivieren. Auch bei der Beschaffung und Auftragsvergabe der Stadt und ihrer Gesellschaften sollen fair produzierte und gehandelte Produkte Vorrang erhalten.

X. Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit

Gute Bildung und Betreuung für alle, das ist unser Ziel. In den vergangenen Jahren haben wir den Ausbau der Betreuungsplätze in unserer Stadt vorangetrieben. Dies wollen wir fortsetzen und **zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren** schaffen. Bestehende Einrichtungen werden wir sichern und weiterentwickeln. Wo Bedarf besteht, werden wir die **Einrichtung weiterer Kitas unterstützen**, etwa in Klarenthal oder in Dudweiler-Mitte am Standort Pfaffenkopf. **Die Zahl der Ganztagsplätze für über Dreijährige können und werden wir nach Bedarf erhöhen.**

Der Ausbau der Betreuungsplätze ist ein gesamtgesellschaftliches Ziel. Hier sind insbesondere Land und Bund in der finanziellen Verantwortung. Dies gilt auch für die Kosten der dringend benötigten Sanierung bestehender Kitas.

Um dem Bedürfnis nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung zu tragen und den Kindern optimale Entwicklungschancen zu ermöglichen, werden wir das **Angebot an flexiblen Öffnungs- und Nutzungszeiten** der Kitas erweitern. Dies gilt auch für Randzeiten und die Zeit der Schulferien. Dazu soll die Zusammenarbeit zwischen freien Trägern, Stadtverwaltung und städtischen Einrichtungen verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob, wie und wo eine funktionierende Betreuung zu Randzeiten auch in städtischen Kitas angeboten werden kann.

Zu einer guten Betreuung gehört auch ausreichend gutes Personal. Daher werden wir eine angemessene **Personalausstattung und Qualifizierung** für die Beschäftigten in den Einrichtungen sicherstellen.

Das **Kooperationsjahr Kindergarten-Grundschule** werden wir entsprechend der bestehenden Finanzierungsmodalitäten zwischen Land und Stadt ausweiten, das Angebot an frühkindlicher Bildung weiter verbessern. Außerdem wollen wir eine gelungene Inklusion im Bereich der Kitas im Sinne eines erfolgreichen Miteinanders aller vorantreiben.

Bildung muss von Anfang an kostenlos sein. Die Koalitionspartner werden sich auf Landesebene daher für die **schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für die Kindertagesstätten** einsetzen.

Im Bereich der Grundschulen wollen wir den Ausbau der Ganztagsbetreuung fortführen und bis 2019 weitere **Gebundene Ganztagsgrundschulen** auf den Weg bringen. Ziel ist es, ein flächendeckendes, für alle Bürgerinnen und Bürger wohnortnahes Angebot an echten Ganztagsgrundschulen zu schaffen. Zur Finanzierung werden wir konsequent bestehende Zuschussprogramme in Anspruch nehmen.

Die Koalitionspartner werden die in städtischer Trägerschaft befindlichen Grundschulen zu offenen Stadtteilschulen weiterentwickeln. Die Grundschulen wollen wir noch besser ausstatten und die Schulsozialarbeit verstärkt fördern. Wir werden die Angebote zur Förderung der Zweisprachigkeit an unseren Kitas und Grundschulen erhalten und nach Möglichkeit ausbauen.

Zu einem funktionierenden und pädagogisch sinnvollen Ganztagsbetrieb gehört eine gesunde Mittagsverpflegung. Rot-Rot-Grün hat daher in den vergangenen Jahren

damit begonnen, schrittweise ein beitragsfreies Mittagessen für alle Kinder in der Ganztagsbetreuung einzuführen, bislang an fünf Schulen. Wir sehen in diesem Projekt einen wichtigen Beitrag für Chancengerechtigkeit und gegen die Stigmatisierung ärmerer Kinder. Daher soll das Essen für alle Kinder gleichermaßen kostenfrei sein. **Wir wollen das beitragsfreie Mittagessen an diesen fünf Schulen in den kommenden Jahren sichern und auf weitere Grundschulen ausweiten.** Drittmittel sollen dabei zur Finanzierung beitragen. Außerdem setzen sich die Koalitionspartner für eine Übernahme der Kosten der Mittagsverpflegung durch das Land ein. Unser langfristiges Ziel ist ein kostenfreies Mittagessen für alle Schulkinder an allen Grundschulen.

In den Kitas und Grundschulen werden wir eine gesunde Verpflegung sicherstellen. Dabei möchten wir den Anteil von regionalen, fair gehandelten und fair produzierten Nahrungsmitteln erhöhen.

Wir wollen die **Schulbuchausleihe** durch Senkung der Bürokratiekosten in Abstimmung mit dem Ministerium für Bildung und Kultur für alle Nutzer kostenfrei stellen. Die Gewährleistung der Lernmittelfreiheit ist aber generell eine Angelegenheit des Landes. Die Partner werden sich daher auf Landesebene für die Einführung der generellen Lernmittelfreiheit einsetzen.

Die Koalitionspartner streben die Einrichtung einer **internationalen Schule** mit hochwertigem bilinguaalem Unterricht in Saarbrücken an. Dies stellt aus unserer Sicht einen wichtigen Standortvorteil für unsere Stadt dar.

Die Projekte der **Gemeinwesenarbeit** leisten einen herausragenden Beitrag zur sozialen Stabilisierung in den Stadtteilen. Die Partner werden die Arbeit der Gemeinwesenprojekte sichern. Wir streben darüber hinaus die Einrichtung eines Gemeinwesenprojektes in Dudweiler-Mitte an.

Kinderhäuser sowie **Kinder- und Eltern-Bildungszentren** wollen wir weiter stärken und bei Bedarf zusätzliche Angebote einrichten. Insgesamt streben wir eine stärkere Verknüpfung von Kita, Schule, Gemeinwesenarbeit, Sozialarbeit und anderen Akteuren an.

XI. Solidarische Stadtgesellschaft

Saarbrücken ist eine Stadt für alle. Die Koalitionspartner stehen zu dem Recht auf gleichen Zugang zu den gesellschaftlichen Angeboten für alle Menschen. In unserer Stadt soll niemand aufgrund seiner finanziellen Situation, seines Alters, einer Behinderung, seiner familiären Verantwortung, seines Geschlechts, seiner Herkunft, seiner sexuellen Orientierung oder seiner Religion benachteiligt oder ausgeschlossen werden. Jeder soll teilhaben können an unserer Stadtgesellschaft.

Menschen in schwieriger finanzieller Situation müssen gesellschaftliche Unterstützung erhalten. Die Versorgung mit Energie und Wärme ist ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge, zu der jede Saarbrückerin und jeder Saarbrücker ungehindert Zugang haben sollte. Niemand sollte ohne Strom oder ohne warme Heizung leben müssen. Daher ist es unser Ziel, Versorgungs-Sperren zu verhindern. In den vergangenen Jahren haben wir mit dem Saarbrücker Modell bereits einen wichtigen Schritt in diese Richtung unternommen. Im Jahr 2013 konnten damit 756 **Stromsperren** vermieden werden. Inzwischen wird dieses Vier-Punkte-Programm bundesweit als Vorbild gesehen. Wir wollen es erhalten und ausbauen.

Rot-Rot-Grün hat in der ersten Amtszeit eine **SozialCard** für Arbeitslose, GeringverdienerInnen und SozialrentnerInnen eingeführt, durch die mittlerweile mehr als 14.000 Saarbrückerinnen und Saarbrücker besseren Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie zum Öffentlichen Personennahverkehr haben. Wir werden diese SozialCard sichern. Über eine mögliche Ausweitung werden wir mit Vereinen und privaten Anbietern aber auch mit Einrichtungen des Landes wie dem Saarländischen Staatstheater verhandeln.

Älteren Menschen in unserer Stadt möchten wir möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Ausreichend bezahlbarer Wohnraum ist dafür eine Voraussetzung. Wir wollen nachbarschaftliche Unterstützungsnetzwerke, soziale Projekte für Seniorinnen und Senioren sowie generationsübergreifende Anlauf- und Begegnungsstätten weiter unterstützen und entsprechende städtische Einrichtungen sichern und stärken. Wir werden in den kommenden Jahren das seniorenpolitische Fachkonzept der Landeshauptstadt in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern umsetzen und fortschreiben.

Jugendliche sind die Zukunft unserer Stadt. Sie brauchen eigene Freiräume. Deshalb werden wir die informellen Treffpunkte Jugendlicher erhalten und unterstützen. Einen Schwerpunkt werden wir im Sinne einer kinder- und jugendgerechten Stadt auf die **verstärkte Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die Beteiligungsverfahren** legen. Dazu wird etwa die Einrichtung eines Jugendbeirates oder ähnlicher direkter Beteiligungsformen für Jugendliche geprüft.

Wir werden auf Grundlage der **UN-Behindertenrechts-Konvention** einen entsprechenden Aktionsplan zügig in enger Zusammenarbeit mit den Vereinen und Verbänden erarbeiten und umsetzen. Alle öffentlichen Gebäude in unserer Stadt wie Schulen, Kitas, Theater und Museen aber auch Straßen, Wege und Plätze, Busse, Bahnen und Haltestellen müssen schrittweise barrierefrei gemacht werden. Dies wird aber nur gelingen, wenn Bund und Land, die diese Vorgaben machen, auch entsprechende finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Saarbrücken ist eine familienfreundliche Stadt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir in Saarbrücken durchsetzen. Deshalb investieren wir in die Kinderbetreuung. Aber auch Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, wollen wir stärker unterstützen. Dazu möchten wir Angebote im Rahmen der Gemeinwesen- und Seniorenarbeit stärken und die verschiedenen Akteure besser vernetzen. Bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und Gesellschaften möchten wir entsprechende Arbeitszeitmodelle und Freistellungsmöglichkeiten weiter verbessern und bekannter machen. Für Rückkehrende aus der Elternzeit wollen wir die Wiedereingliederungsunterstützung verbessern.

Wir haben den **Windelbonus** eingeführt, um Familien mit kleinen Kindern aber auch kranke Erwachsene bei den Müllgebühren zu entlasten. Wir werden diesen Windelbonus erhalten und sichern.

Die **Gleichstellung der Geschlechter** ist zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Die Partner werden deshalb die Arbeit des Saarbrücker Frauenbüros weiter stärken. Auch die Förderung der FrauenGender Bibliothek wollen wir verstetigen und wenn möglich ausbauen. **Frauen verdienen dasselbe wie Männer** – tatsächlich bekommen sie aber oft weniger Geld für die gleiche Arbeit. Der Lohnabstand zwischen Frauen und Männern ist im Saarland mit 25 Prozent deutlich höher als im Bundesschnitt. Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten im Niedriglohnbereich sind Frauen. Die Koalitionspartner setzen sich für eine faire, gerechte und geschlechterunabhängige Bezahlung sowie gleiche berufliche Chancen für Männer und Frauen ein. Bei der Stadt und den städtischen Gesellschaften wird es keinen Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern geben. Die Geburt eines Kindes oder die Beschäftigung im Teilzeitverhältnis darf nicht im Karriereaus münden.

Gewalt gegen Frauen ist inakzeptabel. Wir wollen daher Unterstützungsmöglichkeiten wie Frauenhäuser, Zufluchtwohnungen, Notrufe, Frauenberatungsstellen und Interventionsstellen sichern und Frauen über diese Möglichkeiten an geeigneten Orten und in verschiedenen Sprachen informieren.

Prostituierte müssen wirksam vor Zwang, Ausbeutung und Gewalt geschützt werden. Die **Neu-Ansiedlung von Bordellen** wollen wir durch baurechtliche Regelungen regulieren und deutlich erschweren. Es muss klare Auflagen etwa in Bezug auf Größe, Abstandsflächen, Hygiene und Brandschutz sowie zum Schutz der Prostituierten geben. Wir setzen uns für eine zügige Realisierung der notwendigen bundes- und landesgesetzlichen Regelungen ein.

Einwanderung ist eine Chance, eine **engagierte Integrationspolitik** daher eine entscheidende Investition in die Zukunft unserer Stadt. Migrantinnen und Migranten sollen einen gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Angeboten unserer Stadt und gleiche Chancen erhalten. Unser Ziel ist, dass Integration in Saarbrücken eine Selbstverständlichkeit ist.

Die Arbeit des **Zuwanderungs- und Integrationsbüros (ZIB)** wird von uns auch zukünftig unterstützt. Die Integrationspolitischen Leitlinien sind die Grundlage unserer Integrationspolitik. Wir werden sie auf Grundlage der Erfahrungen der städtischen Integrationspolitik weiterentwickeln.

Wir halten einen **höheren Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung** für nötig und sinnvoll und wollen junge Leute mit Migrationshintergrund unterstützen, eine Ausbildung bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und Gesellschaften aufzunehmen. Wir werden uns gegenüber dem Land massiv für Verbesserungen bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse einsetzen. Vereine, Verbände und Initiativen, in denen sich Migrantinnen und Migranten einbringen, werden wir weiter auf hohem Niveau fördern und unterstützen. Die frühkindliche Sprachförderung wollen wir erhalten und die finanziellen Mittel dafür nach Möglichkeit aufstocken. Hier sehen wir insbesondere den Bund in der Pflicht.

Die Vielfalt Saarbrückens erleben wir etwa beim Orientalischen Markt sowie bei den Interkulturellen Wochen. Diese Projekte wollen wir erhalten und für die Zukunft sichern. Der Integrationsbeirat leistet eine wichtige Arbeit für das Zusammenleben in unserer Stadt. Wir wollen ihn stärken. Eine Herausforderung sehen die Koalitionspartner in der verstärkten Integration von Sinti und Roma sowie Flüchtlingen. Wir werden entsprechende Integrationsprojekte und Initiativen weiter unterstützen. Zur Teilhabe gehört auch das Recht, Volksvertreter zu wählen und sich an den Entscheidungen vor Ort beteiligen zu können. Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene daher für ein **kommunales Wahlrecht von Nicht-EU-Bürgern** einsetzen.

XII. Verwaltung und Bürgerbeteiligung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, den Eigenbetrieben und städtischen Gesellschaften brauchen verlässliche und gute Arbeitsbedingungen. SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die im Mai 2014 zwischen Personalrat und Verwaltung beschlossene Sozialcharta „**Gute Arbeit**“ sowie die zuletzt im Februar 2013 bekräftigte **Dienstvereinbarung**. Die Koalitionspartner schließen betriebsbedingte Kündigungen beim Personal der Stadt, ihrer Eigenbetriebe und Gesellschaften aus.

Den Anteil von **Frauen in Führungspositionen** in der Verwaltung möchten wir weiter erhöhen und die bereits bestehenden Maßnahmen und Projekte wo nötig weiterentwickeln. Die Arbeitsbedingungen sollen noch weiter auf die Bedürfnisse von Familien, ältere Menschen sowie Menschen mit Behinderung angepasst werden. Wer aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen seine bisherige Tätigkeit nicht mehr ausüben kann, soll adäquate Alternativen und Qualifizierungsmaßnahmen angeboten bekommen.

Aus- und Weiterbildung sind integrale Bestandteile einer zukunftsgerichteten Personalentwicklungspolitik in der öffentlichen Verwaltung, den Eigenbetrieben und den städtischen Gesellschaften. So kann die Fachkräfteversorgung langfristig sichergestellt werden und die öffentliche Hand wird ihrer Verantwortung gerecht, Jugendlichen faire Zukunftschancen zu bieten. Wir werden entsprechende Angebote ausweiten. Wir stehen zu einer weiteren **interkulturellen Öffnung unserer Verwaltung**.

Dienstleistungen der Verwaltung sollen bürgernah und serviceorientiert erbracht werden. Beispielhaft sind die Bürgerämter der Stadt, anerkannt für ihre gute Dienstleistungsmentalität. Ebenso beispielhaft: unser kommunaler Entsorger ZKE. Wir werden die Situation in allen Bereichen der städtischen Verwaltung zeitnah analysieren und durch gezielte Fortbildung und ggf. Änderungen in der Organisation Verbesserungen erreichen. Der Umgang mit **Bürgerbeschwerden** ist durch die Schaffung der Stelle des Bürgerrefe-

renten und weitere Maßnahmen bereits deutlich verbessert worden. Hier wollen wir ansetzen und das Beschwerdemanagement effizient und bürgernah weiterentwickeln.

Die Koalitionspartner verstehen **Bürgerbeteiligung** als wichtige Ressource für die Weiterentwicklung der Stadt. Wir bekennen uns zu dem Ziel, die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern kontinuierlich weiterzuentwickeln. Dabei bilden die Ergebnisse und regelmäßigen Berichte der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe „Bürgerbeteiligung“ die Grundlage.

Zur Überarbeitung der **Geschäftsordnung des Rates** werden die Koalitionspartner Gespräche mit den im Rat vertretenen Fraktionen aufnehmen. Ziel ist die Gewährleistung einer transparenten und effizienten Ratsarbeit. Im Zuge der Überarbeitung der Geschäftsordnung wollen wir neue Instrumente zur Verbesserung des Zusammenspiels zwischen interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie dem Rat einführen. Dazu zählen etwa eine Einwohnerfragestunde und ein Beteiligungs- bzw. Petitionsausschuss, der Anregungen und Beschwerden aufnimmt, Beteiligungsmodelle entwickelt, umsetzt und dem Stadtrat regelmäßig berichtet.

Die bestehenden Verfahren der Bürgerbeteiligung bei **großen Investitionsprojekten** oder für die Stadtteile bedeutsamen Vorhaben wollen wir weiterentwickeln. Insbesondere gilt es, projektbezogene Beteiligungsverfahren für Gruppen, deren Beteiligung noch gering ausgeprägt ist, z. B. Jugendliche oder Migrantinnen und Migranten, stärker zu öffnen. Dazu sind niedrigschwellige und barrierefreie Informations- und Partizipationsmöglichkeiten auszubauen. Ehrenamtliches Engagement und bestehende Initiativen und Netzwerke wollen wir in diesem Zusammenhang einbinden.

XIII. Prinzipien der Koalition

SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bilden eine feste Koalition zur Umsetzung der in der vorliegenden Vereinbarung festgelegten Inhalte, Positionen, Projekte, Aufgaben und Ziele. Sie streben darüber hinaus eine konstruktive Beteiligung aller im Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken vertretenen Fraktionen an.

Wir streben eine gute Zusammenarbeit mit der saarländischen Landesregierung, dem Regionalverband Saarbrücken, den umliegenden Städten und Gemeinden, dem Eurodistrikt und dem Netzwerk der Quattropole-Städte an.

Die Partner verpflichten sich zu Umsetzung der in der vorliegenden Vereinbarung festgelegten Inhalte. Sie werden ihre Arbeit im Stadtrat und seinen Ausschüssen laufend miteinander abstimmen mit dem Ziel, in Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Konsens herzustellen.

Zur Abstimmung zwischen den Partnern wird ein Koalitionsausschuss gebildet, der sich in regelmäßigen Abständen trifft, insbesondere vor den Stadtratssitzungen sowie bei Bedarf. Ihm gehören die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden, die Oberbürgermeisterin und die von der Koalition getragenen Beigeordneten an. Weitere Personen können bei Bedarf im gegenseitigen Einvernehmen hinzugezogen werden.

Die Partner treffen alle Personalentscheidungen einvernehmlich. Ausschlaggebend sind dafür Eignung und fachliche Qualifikation. Die Neubesetzung der Dezernate IV (Bil-

dung, Kultur und Wissenschaft) und VI (Baudezernat) sowie etwaige neue Aufgabenschnitte der Dezernate erfolgen einvernehmlich.

Für den Stadtrat, dessen Ausschüsse sowie die Beteiligungen der Landeshauptstadt Saarbrücken verpflichten sich die Partner zu einem Abstimmungsverhalten im Konsens. Für Zweckverbände und sonstige Gremien, einschließlich des Kooperationsrates des Regionalverbandes Saarbrücken und des Eurodistrikts, wird ein gemeinsames Abstimmungsverhalten auf der Basis der sich aus der vorliegenden Vereinbarung ergebenden Zielsetzungen angestrebt.

Die Aufgabenstellungen und Fragen, die in der kommenden Legislaturperiode vor uns liegen, lassen sich nicht sämtlich und im Einzelnen vorhersehen. Vereinbarte Positionen könnten einer Konkretisierung und näheren Ausgestaltung in der praktischen Alltagsarbeit bedürfen, bestimmte Aufgaben und Problemfelder könnten hinzutreten oder vereinbarte Maßnahmen sich aufgrund noch nicht absehbarer finanzpolitischer Sachzwänge als nicht finanzierbar erweisen. In diesen Fällen werden die Koalitionspartner in gegenseitigem Vertrauen auf der Grundlage der hier festgeschriebenen Inhalte und Ziele ernsthaft und konstruktiv nach einer übereinstimmenden Position suchen. Vor einer öffentlichen Thematisierung solcher Probleme ist eine einvernehmliche Lösung zu suchen.

Die Partner werden etwaige Unstimmigkeiten und interne Bedenken frühzeitig und vertrauensvoll kommunizieren und hierfür nach gemeinsamen Lösungen auf der Grundlage der sich aus der vorliegenden Vereinbarung ergebenden Zielsetzungen suchen.

Diese Vereinbarung ist befristet bis zum Ende der laufenden Amtszeit des Stadtrates der Landeshauptstadt Saarbrücken.